

Volker Ullrich

Schicksalsstunden einer Demokratie

Unverkäufliches, unkorrigiertes Leseexemplar

Jegliche Form der Berichterstattung vor Ablauf der Sperrfrist
am 21. August 2024 ist nur mit
vorheriger schriftlicher Genehmigung
des Verlags C.H.Beck erlaubt.
Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Volker Ullrich

**Schicksalsstunden einer
Demokratie**

Das aufhaltsame Scheitern der
Weimarer Republik

C.H.Beck

Mit 36 Abbildungen

Alle hier gezeigten Abbildungen sowie das Umschlagfoto:

© akg-images, Berlin

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2024

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Rothfos & Gabler, Hamburg

Satz: Janß GmbH, Pfungstadt

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier

Printed in Germany

Werbemittel Nr. 258517



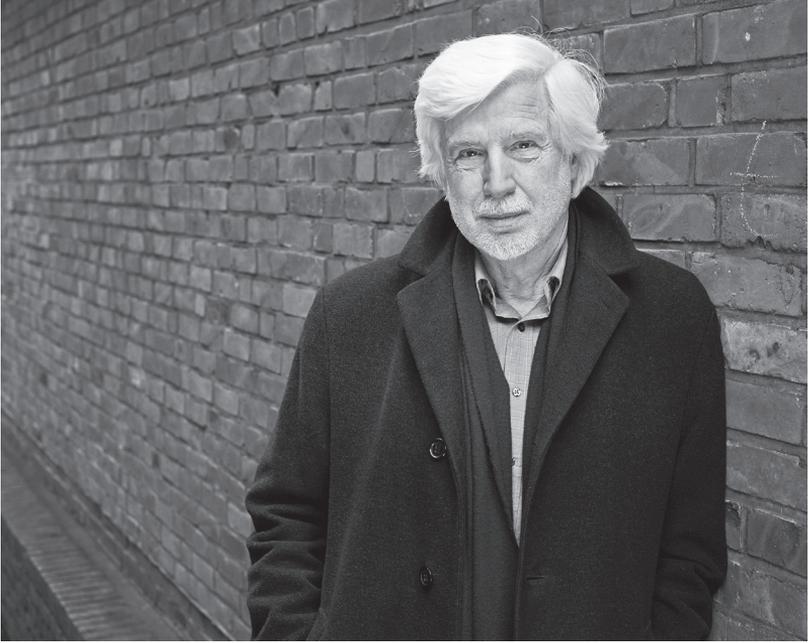
verantwortungsbewusst produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

Über das Buch

Demokratien sind fragil. Freiheiten, die fest errungen scheinen, können verspielt werden. Wenige historische Ereignisse verdeutlichen dies so eindringlich wie das Scheitern der Weimarer Republik. Volker Ullrich erzählt eines der größten Dramen der Weltgeschichte – anschaulich, spannend und nahe an den handelnden Personen. Eine Lektüre, die beklemmende Parallelen zur Gegenwart zeigt.

Die Geburt der Weimarer Republik stand unter einem denkbar ungünstigen Stern. Das deutsche Kaiserreich hatte den Weltkrieg krachend verloren. Der Versailler Vertrag legte dem besiegten Land harte Bedingungen auf. Eine nicht abreißende Kette von Krisen – unterbrochen nur durch eine Phase scheinbarer Stabilisierung Mitte der 20er Jahre – erschütterte die Republik. Doch trotz aller Belastungen – das Experiment der ersten deutschen Demokratie war nicht von allem Anfang an auf ein ruhmloses Ende angelegt. In seinem packenden Buch zeigt der renommierte Historiker und Publizist, dass es immer wieder Gelegenheiten gab, die Weichen anders zu stellen, von der Gründungsphase der Republik bis zum Januar 1933. Es kommt auf die konkreten Handlungen einzelner Personen an – damals wie heute. So ist Ullrichs Buch auch eine eindringliche Mahnung: nicht zu vergessen, wie zerbrechlich Demokratien sind und wie rasch die Freiheit verloren gehen kann, wenn die demokratischen Institutionen versagen und die zivilgesellschaftlichen Kräfte zu schwach sind, um der autoritären Versuchung zu begegnen. Wir haben es in der Hand, ob die Demokratie siegt oder scheidet.



© Gunter Gluecklich

Volker Ullrich ist Historiker und leitete von 1990 bis 2009 bei der Wochenzeitung «Die ZEIT» das Ressort «Politisches Buch». Er hat eine ganze Reihe von einflussreichen historischen Werken vorgelegt, darunter «Die nervöse Großmacht. Aufstieg und Untergang des deutschen Kaiserreichs 1871–1918» (1997) und eine hochgelobte zweibändige Hitler-Biographie (2013 und 2018), die in viele Sprachen übersetzt wurde. Volker Ullrich erhielt 1992 den Alfred-Kerr-Preis für Literaturkritik und 2008 die Ehrendoktorwürde der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Bei C.H. Beck erschienen von ihm zuletzt der Bestseller «Acht Tage im Mai» (2020) sowie «Deutschland 1923» (2022).

Stimmen zum Autor

«Ich lese gerade zum zweiten Mal die Hitler-Biografie des Historikers Volker Ullrich. Ein brillantes Buch. Darin werden die frühen Stadien von Hitlers Machtübernahme beschrieben. Es ist verstörend, wenn man erkennt: Zwischen Trump und Hitler gibt es unheimliche Parallelen.»

T.C.Boyle im Stern, 4. Februar 2024

«Dass deutsche Historiker auch elegant und fesselnd schreiben können, beweist Volker Ullrich mit jedem neuen Buch. (...) Spannender als mancher Krimi.»

Martin Doerry über «Acht Tage im Mai», SPIEGEL Plus

«Volker Ullrich (...) versteht es, die Fakten so zu arrangieren, dass die Lektüre zum historischen Spaziergang wird, ohne gefällig oder belehrend zu wirken.»

Andreas Kilb über «Acht Tage im Mai», Frankfurter Allgemeine Zeitung

«So solide wie souverän ... Nicht nur klar strukturiert, sondern auch lebendig und anschaulich ist insbesondere Ullrichs Darstellung, weil in ihr wohl-dosiert die Stimmen aufmerksamer Zeitzeugen zu vernehmen sind.»

Alexander Gallus über «Deutschland 1923», Frankfurter Allgemeine Zeitung

«Gut recherchiert und klar geschrieben ... Ullrich besitzt einen beneidenswert fesselnden und flüssigen Stil.»

Richard J. Evans über «Deutschland 1923», The Nation

«Volker Ullrich arbeitet wie ein Meisterkoch: Er vertraut seinen Zutaten und nutzt sie mit großer Sorgfalt ... zugleich zuverlässig und enorm unterhaltsam.»

Timur Vermes über Ullrichs Hitler-Biographie

9. November 1918 in Berlin:
Vor der Garde-Ulanen-Kaserne
solidarisieren sich Soldaten mit den
streikenden Arbeitern.



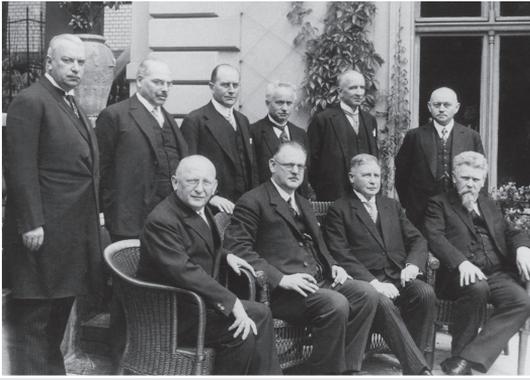
Hakenkreuz am Stahlhelm: Soldaten
der Brigade Ehrhardt besetzen am
19. März 1919 Berlin und verteilen
Flugblätter.



Auftakt zum Ruhrkampf: Am 11. Januar 1923 besetzen
französische Truppen Essen.

Letztes Geleit für einen großen
Patrioten: Vom Potsdamer Bahnhof in
Berlin wird der Sarg Friedrich Eberts
am 4. März 1925 nach seinem Geburts-
ort Heidelberg überführt.





Das Kabinett der Großen Koalition, Juni 1928. Sitzend von links: Erich Koch-Weser (Justiz), Hermann Müller (Kanzler), Wilhelm Groener (Reichswehr), Rudolf Wissell (Arbeit). Stehend von links: Hermann Dietrich (Ernährung), Rudolf Hilferding (Finanzen), Julius Curtius (Wirtschaft), Carl Severing (Inneres), Theodor von Guérard (Verkehr und besetzte Gebiete), Georg Schätzel (Post). Es fehlt Außenminister Gustav Stresemann, der zur Kur bei Baden-Baden weilte.

Die Weltwirtschaftskrise trifft Deutschland seit 1929/30 mit voller Wucht: Arbeitslose studieren die wenigen Jobangebote in den Zeitungen.



Der «Preußenschlag» vom 20. Juli 1932: Truppen der Reichswehr postieren sich vor dem preußischen Staatsministerium in der Wilhelmstraße.

30. Januar 1933: Am Abend lässt sich Hitler am Fenster der Reichskanzlei in der Wilhelmstraße von der Menge feiern.



Inhalt

00 Einleitung

Kapitel I

00 Der Zauber des Anfangs. Die Revolution von 1918/19

Kapitel II

00 Marsch auf Berlin. Der Kapp-Lüttwitz-Putsch

Kapitel III

00 «Der Feind steht rechts». Der Mord an Walther Rathenau

Kapitel IV

00 Tollhauszeit. Ruhrbesetzung und Hyperinflation

Kapitel V

00 Konservative Wende. Der Tod Eberts und die Wahl Hindenburgs

Kapitel VI

000 Ein schwarzer Tag. Der Bruch der letzten Großen Koalition

Kapitel VII

000 Modell Thüringen. Wilhelm Fricks braune Kulturrevolution

Kapitel VIII

000 Anfang vom Ende. Der Sturz Brüning

Kapitel IX

000 Die Stunde der Barone. Papens Staatsstreich gegen Preußen

Kapitel X

000 Am Ziel. Die Machtübertragung an Hitler

Kapitel XI

000 Ruhig abwarten. Reaktionen auf den 30. Januar 1933

000 Nachwort und Dank

000 Anmerkungen

000 Bibliographie

000 Bildnachweis

000 Personenregister

Einleitung

Demokratien sind fragil. Sie können in eine Diktatur umschlagen. Freiheiten, die fest errungen scheinen, können verspielt werden.

Nach dem Ende des Kalten Krieges trat das Wissen um die Gefährdung der Demokratie zunächst in den Hintergrund. Francis Fukuyamas Diktum vom «Ende der Geschichte» meinte genau dies: dass es in Zukunft keine ernsthafte Herausforderung der liberalen Demokratie mehr geben würde. Dass sie alternativlos geworden sei. Auch wenn nur wenige es so zugespitzt vertraten wie Fukuyama, so wurde doch das Vertrauen in die Überlegenheit der Demokratie zum Kennzeichen einer ganzen Epoche. Die Frage war eher, wie lange es dauern würde, bis sie sich über die ganze Welt ausgebreitet hätte, und wie hartnäckig der Widerstand einiger dem Fortschritt entgegen stehender Diktaturen ausfallen würde.

Von dieser Gewissheit ist heute nicht mehr viel übrig. Die Demokratie steht weltweit unter Druck, von außen wie von innen. Autoritäre Staaten wie China und Russland fordern die westlichen Demokratien machtpolitisch heraus und attackieren sie auch von innen. In den USA hat die erste Präsidentschaft Donald Trumps einen Vorgeschmack darauf geliefert, was unter einer zweiten kommen könnte. In fast allen europäischen Ländern befinden sich rechtspopulistische Parteien und Bewegungen im Aufwind. Und in der Bundesrepublik erfreut sich die «Alternative für Deutschland» (AfD), eine in Teilen rechtsextreme Partei, erheblicher Zustimmung, insbesondere, aber keineswegs allein in den neuen Bundesländern. Die Sorge um die Demokratie ist zum Kennzeichen einer neuen historischen Ära geworden.

Das Scheitern der Weimarer Republik führte zum Dritten Reich. Die erste deutsche Demokratie endete mit der Machtübertragung an Hitler. Wer

immer sich mit der Frage beschäftigt, wie und warum Demokratien sterben, kommt daher an Weimar nicht vorbei. Die deutsche Republik ist Menetekel und Lehrbeispiel zugleich – weltweit, aber insbesondere in der Bundesrepublik, die sich seit ihrer Gründung in der gescheiterten Vorgängerin spiegelte und die Stabilität ihrer Verhältnisse am Vergleich mit Weimar maß.¹ «Bonn ist nicht Weimar» – dieser Buchtitel des Schweizer Journalisten Fritz René Allemann aus dem Jahr 1956 wurde zur Chiffre der Selbstgewissheit, dass sich die Geschichte nicht wiederholen würde und die bundesrepublikanische Demokratie stabil sei. Doch diese Selbstdeutung wurde in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder infrage gestellt. Neu ist also nicht die Warnung vor einer Wiederkehr «Weimarer Verhältnisse». Neu ist vielmehr die globale Fragilität der Demokratie, die an die Zwischenkriegszeit erinnert. Grund genug, sich noch einmal zu vergegenwärtigen, was in Weimar wirklich geschah.

Die Geschichte der Weimarer Republik fasziniert bis heute. Das liegt nicht zuletzt an den frappierenden Widersprüchen, die diese nur vierzehn Jahre umfassende Epoche in sich vereinigte. Es war eine Zeit der Aufbrüche, der Experimentierfreude und Innovationsbereitschaft auf vielen Gebieten, ein Laboratorium der Moderne mit einem vibrierenden Kulturbetrieb vor allem, aber nicht nur in der Metropole Berlin; eine Zeit der Auflösung traditioneller Geschlechterrollen und eines freieren Umgangs mit Sexualität. Es war aber auch die Zeit einer schier endlosen Abfolge von krisenhaften Erschütterungen, kulminierend in der Hyperinflation des Jahres 1923 und der Weltwirtschaftskrise seit 1929/30; eine Zeit der politischen Instabilität mit häufig wechselnden Regierungen und einem hohen Maß an Gewaltbereitschaft und Militanz bis hin zu den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen in der Agonie der Republik.

Zu Recht ist gefordert worden, die Geschichte Weimars nicht nur von ihrem Ende her, als bloße Vorgeschichte der nationalsozialistischen Diktatur zu betrachten, sondern als eine Epoche aus eigenem Recht mit all ihren Ambivalenzen und Widersprüchen.² Zwar bleibt angesichts der katastrophalen Folgen, die die Machtübertragung an Hitler nach sich zog, die Frage nach den Gründen für das Scheitern der Republik unverzichtbar. «Niemand kann an die Republik von Weimar denken, ohne deren Scheitern mitzudenken», hat Hagen Schulze angemerkt.³ Und wegen der globalen Krise der Demokratie ist die Frage nach den Ursachen für 1933 von neuem, drängendem Inte-

resse. Aber gerade deshalb ist es wichtig, die Offenheit der Situation zu betonen. Denn sonst fragt man nicht nach den Handlungsspielräumen und Alternativen – und droht etwas zu übersehen, was für die Beantwortung der Frage unverzichtbar ist.

An Erklärungsversuchen der Historiker hat es nicht gemangelt. So hat man auf die Erblast des Obrigkeitsstaates verwiesen, auf die Kontinuität vor-demokratischer Eliten in Schwerindustrie, ostelbischem Großgrundbesitz, Armee, Bürokratie und Justiz, deren angestammte Machtpositionen auch unter den neuen demokratischen Verhältnissen im Wesentlichen unangetastet blieben. Man hat die Belastungen hervorgehoben, die der Republik aus den Folgen der militärischen Niederlage im Weltkrieg und den harten Bedingungen des Versailler Vertrages erwuchsen. Man hat auf die Struktur-mängel der Weimarer Verfassung aufmerksam gemacht, die den Reichspräsidenten als eine Art «Ersatzkaiser» mit weitreichenden Befugnissen ausstattete und ihm mit dem Notverordnungsartikel 48 ein Instrument zur Hand gab, das in Krisenzeiten geradezu zum Missbrauch einlud. Oder man hat die Parteien verantwortlich gemacht, die in ihren ideologischen Gräben befangen blieben und es an Kompromissbereitschaft fehlen ließen – eine der Ursachen für die chronische Schwäche der parlamentarischen Demokratie. Doch so schwer auch die Vorbelastungen wogen, die vor allem aus den Versäumnissen der Gründungsphase der Republik resultierten – das Experiment der ersten deutschen Demokratie war damit nicht von allem Anfang an auf Untergang angelegt. Es gab Alternativen, und es gab Gründe, warum sie nicht oder nur unzureichend genutzt wurden. Der Ausgang war offener, als es eine auf den Untergang fixierte Perspektive nahelegen möchte.

An Gelegenheiten, die Weichen anders zu stellen und umzusteuern, hat es nicht gefehlt. In der Revolution von 1918/19 hätten die regierenden Sozialdemokraten mehr an gesellschaftlichen Veränderungen durchsetzen können und weniger an Altem bewahren müssen. Die Niederschlagung des Kapp-Putsches im März 1920 und die große prorepublikanische Solidaritätswelle nach dem Mord an Reichsaußenminister Walther Rathenau im Juni 1922 boten die Chance, gegen das republikfeindliche Lager in die Offensive zu gehen. Sie blieb ungenutzt.

In der Hyperinflation von 1923, als die Republik buchstäblich am Abgrund stand, zeigte sich, dass die Selbstbehauptungskräfte der Demokraten stärker waren, als von vielen angenommen. Die Wahl des überzeugten Mon-

archisten Paul von Hindenburg zum Reichspräsidenten im April 1925 stellte allerdings eine Zäsur dar. Sie hätte verhindert werden können, wenn die Kommunisten über ihren Schatten gesprungen wären. Auch der Bruch der Großen Koalition im März 1930, der faktisch das Ende der parlamentarischen Demokratie markierte, hätte sich vermeiden lassen, wenn es auf Seiten der Parteien eine größere Bereitschaft zum Kompromiss gegeben hätte. Niemand zwang die bürgerlichen Parteien in Thüringen 1930, die Nationalsozialisten in die Landesregierung aufzunehmen. Sie taten es aus freien Stücken und gaben ihnen damit die Gelegenheit vorzuexerzieren, wie sie sich eine Machtübernahme auch auf Reichsebene vorstellten. Ohne Not entließ Hindenburg Ende Mai 1932 auf Drängen seiner Ratgeber Reichskanzler Heinrich Brüning und beendete so die noch gemäßigte Phase der Präsidentschaftsregierungen. Mit Brüning im Amt hätte der Staatsstreich in Preußen im Juli 1932 nicht stattfinden können, den sein Nachfolger Franz von Papen inszenierte. Eines der letzten Bollwerke der Republik wurde auf diese Weise geschleift.

Doch selbst noch im Januar 1933 war der Triumph Hitlers nicht unvermeidlich, gab es immer noch Möglichkeiten, ihn von der Macht fernzuhalten. Es gehört zur bitteren Ironie der deutschen Geschichte, dass der «Führer» der NSDAP dank eines finsternen Intrigenspiels in einem Augenblick ins Reichskanzleramt einziehen konnte, als seine Bewegung im Niedergang begriffen war und viele kluge Zeitgenossen ihn bereits abgeschrieben hatten.

Geschichte ist immer offen. Das Einzige, was die Geschichtswissenschaft über die Zukunft sicher sagen kann, ist, dass sie anders ausfallen wird, als die Zeitgenossen sie sich vorstellen. Es kommt entscheidend darauf an, wie sich einzelne Menschen in konkreten Situationen verhalten. Das war zur Zeit der Weimarer Republik so, und das ist auch heute noch so. Wir haben es in der Hand, ob unsere Demokratie scheitert oder überlebt. Das deutlich zu machen, ist das eigentliche Ziel dieses Buches.

Dabei sollte bedacht werden, dass die Weimarer Republik nicht mit einem Knall zugrunde ging, sondern in einem schleichenden Prozess der Erosion, durch die schrittweise Aushöhlung der Verfassung und demokratischer Verfahrensweisen. Eben ein solcher «leiser Tod» könnte eine Art Blaupause werden für den Niedergang auch traditionsreicher westlicher Demokratien wie den Vereinigten Staaten, deren Stabilität lange Zeit un-

erschütterbar schien.⁴ Das Scheitern der Weimarer Republik bleibt ein Lehrstück, wie zerbrechlich eine Demokratie ist, und wie rasch die Freiheit verspielt werden kann, wenn die demokratischen Institutionen versagen und die zivilgesellschaftlichen Kräfte zu schwach sind, um den Verächtern der Demokratie Einhalt zu gebieten.

Kapitel III

«Der Feind steht rechts»

Der Mord an Walther Rathenau



Reichsaussenminister Walther Rathenau in dem Auto, in dem er am 24. Juni 1922 erschossen werden sollte.

Am 24. Juni 1922, kurz vor elf Uhr vormittags, verlässt Reichsaußenminister Walther Rathenau seine Villa im Berliner Stadtteil Grunewald, um sich zum Auswärtigen Amt in der Wilhelmstraße fahren zu lassen. Obwohl regnerisches und kühles Wetter herrscht, bleibt das Verdeck seines Kabrioletts zurückgeschlagen. In der Königsallee, vor einer langgezogenen Kurve, muss der Chauffeur das Tempo drosseln. In diesem Augenblick wird das Auto von einem großen, starkmotorigen Mercedes überholt, in dessen offenem Fond zwei Männer in Ledermänteln sitzen. Was dann geschieht, schildert ein Augenzeuge, der Bauarbeiter Walther Krischbin, der auf einer Baustelle an der Königsallee beschäftigt ist, der «Vossischen Zeitung»: «Als der große Wagen etwa um eine halbe Wagenlänge voraus war (...), bückte sich der eine Herr in dem feinen Ledermantel nach vorn, ergriff eine lange Pistole, deren Kolben er in die Achselhöhle einzog, und legte auf den Herrn in dem anderen Wagen an. Er brauchte gar nicht zu zielen, so nah war es. (...) Da krachten auch schon die Schüsse, ganz schnell, so schnell wie bei einem Maschinengewehr.»¹

Von fünf Schüssen getroffen, sinkt Rathenau zusammen. In diesem Augenblick springt der zweite Mann auf und wirft eine Eierhandgranate in den anderen Wagen. Durch die Wucht der Explosion wird der Körper des Außenministers hochgeschleudert. Während das Auto der Attentäter davonrast, eilen Passanten an den Ort des Anschlags, darunter auch die Krankenschwester Helene Kaiser, die an einer Haltestelle auf eine Straßenbahn wartet. «Infolge des Knalles fuhr ich erschreckt zusammen, sprang hoch und sah in dem stehengebliebenen Auto den Insassen sich schräg nach der Seite



«Sein Ausdruck war so unsagbar friedlich»: Der aufgebahrte Leichnam Rathenaus in seiner Villa in Berlin-Grunewald.

hinüberlehnen und nahm an, dass er durch die Explosion verletzt sei», sagt sie zwei Tage später aus. «Ich eilte herüber um ihm als Schwester Hilfe zu leisten. Als ich näherkam, sah ich, dass der Herr stark blutete am Gesicht und auch an den unteren Gliedmaßen und in dem Auto eine große Blutlache stand. Außerdem brannte der Mattenbelag des Autos. Ich trat das Feuer aus und stieg hinein, stellte mich dem fahrenden Chauffeur als Schwester vor und sagte ihm, dass ich ihm behilflich sein wollte.»²

Der Chauffeur wendet den Wagen und fährt mit dem Sterbenden zurück zur Villa. Dort kann der Arzt nur noch den Tod feststellen. Rathenau wird in seinem Schlafzimmer im ersten Stock aufgebahrt. Dort sieht ihn seine Schwester Edith Andreae, die aus Köln herbeigeeilt ist: «Walthers Ausdruck war so unsagbar friedlich, so heilig ernst – mir ward so feierlich zu Mut (...),» schreibt sie einem Freund. «Es war das gütige Gesicht eines, der sagt, ihr armen Menschen, ich verzeihe euch.»³

Dass Walther Rathenau zur Zielscheibe eines Anschlags wurde, war alles andere als ein Zufall. Seit er Ende Mai 1921 als Wiederaufbauminister in das Kabinett des Reichskanzlers Joseph Wirth von der Zentrumspartei eingetreten war, noch mehr seit er im Januar 1922 das Außenministerium übernommen hatte, war er einer Hetzkampagne völkisch-deutschnationaler Kreise ausgesetzt. In Rathenau sah die politische Rechte einen Repräsentanten all dessen, was sie hasste. Er war Jude, dazu noch ein überzeugter Anhänger der Republik; er war als Erbe der AEG, des großen Elektrokonzerns, nicht nur Unternehmer, sondern auch ein begabter Schriftsteller – ein Intellektueller, der die meisten seiner Kabinettskollegen geistig weit überragte.

Seit dem Frühjahr 1922, nach der Reparationskonferenz in Genua und dem Abschluss des Rapallo-Vertrages im April, steigerte sich die Hetze bis zur offenen Morddrohung. Rathenaus Versuch, mit den Siegermächten zu einer Verständigung auch über die Reparationsfrage zu gelangen, wurde als «Erfüllungspolitik» diffamiert und sein Bemühen um einen Ausgleich mit der Sowjetunion als Zeichen einer heimlichen Komplizenschaft mit den Bolschewisten gebrandmarkt. Der «Völkische Beobachter», das Zentralorgan der NSDAP, nannte ihn den Prototyp eines «Börsen- und Sowjetjuden». ⁴ In der Juni-Ausgabe der «Konservativen Monatshefte» schrieb der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wilhelm Henning unter der Überschrift «Das wahre Gesicht des Rapallo-Vertrages»: «Kaum hat der internationale Jude Rathenau die deutsche Ehre in seinen Fingern, so ist davon nicht mehr die Rede. (...) Die deutsche Ehre ist keine Schacherware für internationale Judenhändler! (...) Die deutsche Ehre wird gesühnt werden. Sie aber, Herr Rathenau, und ihre Hinterleute werden vom deutschen Volke zur Rechenschaft gezogen werden (...).» ⁵ Noch unverblümter dröhnte es aus einem Hetzlied, das damals an völkisch-antisemitischen Stammtischen angestimmt wurde: «Knallt ab den Walther Rathenau, die gottverdammte Judensau.» ⁶

Rathenau war nicht der erste Politiker, der dem rechten Terror zum Opfer fiel. Nach Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Leo Jogiches, nach Kurt Eisner und Gustav Landauer traf es Hans Paasche, der sich vom kaiserlichen Marine- und Kolonialoffizier zum überzeugten Pazifisten und Republikaner gewandelt hatte. Am 21. Mai 1920 wurde er auf seinem Gut Waldfrieden in der Neumark von Soldaten eines Reichswehr-Schützenregiments ermordet. «Auf der Flucht erschossen» – so lautete, wie in solchen Fällen inzwischen üblich, das Ergebnis der Untersuchung. «Die Sicherheit für

politisch Missliebige ist gegenwärtig in Deutschland geringer als in den verrufensten südamerikanischen Republiken oder im Rom der Borgia», kommentierte Harry Graf Kessler.⁷ Und Kurt Tucholsky reimte in der «Weltbühne»: «Wieder Einer. Das ist im Reich/Gewohnheit schon. Es gilt ihnen gleich./So geht das alle, alle Tage./Hierzulande löst die soziale Frage/ein Leutnant, zehn Mann. Pazifist ist der Hund?/Schießt ihm nicht erst die Knochen wund!/Die Kugel ins Herz! Und die Dienststellen logen:/Er hat sich seiner Verhaftung entzogen./Leitartikel. Dementi. Geschrei./Und in vierzehn Tagen ist alles vorbei.»⁸

Politischer Mord war in den frühen Jahren der Weimarer Republik an der Tagesordnung, und immer wieder führte die Spur der Täter zu denselben Kreisen: den völkisch-rechtsradikalen Gruppen und Freikorpsverbänden, deren Mitglieder nach dem Krieg nicht ins bürgerliche Leben hatten zurückfinden können. Besonders ein Geheimbund machte von sich reden: die Organisation Consul, kurz O. C. Sie war eine direkte Nachfolgerin der Marinebrigade Ehrhardt, die wegen ihrer Beteiligung am Kapp-Putsch vom März 1920 aufgelöst worden war. Ihre Mitglieder waren zu «unbedingtem Gehorsam» gegenüber der Leitung und zu «strengstem Stillschweigen» gegenüber Fremden verpflichtet. «Verräter verfallen der Feme», hieß es in Paragraph II der Satzung.⁹

Nicht zufällig befand sich die Zentrale der Geheimorganisation in München. Die bayerische Metropole hatte sich nach der Niederschlagung der Räterepublik im Mai 1919 zu einem Zentrum der Gegenrevolution und einem Eldorado der rechten Republikgegner entwickelt. Obwohl steckbrieflich gesucht, konnte sich der Korvettenkapitän Ehrhardt hier unbehelligt bewegen, vom Polizeipräsidenten Ernst Pöhner großzügig ausgestattet mit falschen Pässen. Das Netz der Geheimorganisation spannte sich über ganz Deutschland; sie unterhielt enge Beziehungen zur Reichswehr, über die sie Zugriff auf Waffenlager erhielt, und sie führte schwarze Listen über Persönlichkeiten, die man umzubringen gedachte.

Das Ziel war, durch eine Serie von terroristischen Aktionen die Linke zu einem Aufstand zu provozieren, dessen Niederschlagung dann die Möglichkeit bieten würde, die Republik zu beseitigen und eine Rechtsregierung ans Ruder zu bringen. Nicht nur beim Attentat auf Rathenau, auch zuvor schon bei Anschlägen auf den früheren Reichsfinanzminister Matthias Erzberger

und den ersten Regierungschef der Republik Philipp Scheidemann hatte die Organisation Consul ihre Hand im Spiel.

Als Initiator der Friedensresolution vom Juli 1917, Leiter der deutschen Waffenstillstandsdelegation vom November 1918 und Schöpfer einer Finanzreform 1919/20, welche die Vermögenden belastete, hatte sich Erzberger bei der Rechten besonders verhasst gemacht. Am 26. August 1921 wurden er und sein Begleiter, der Zentrumsabgeordnete Carl Diez, bei einem Spaziergang in der Nähe von Bad Griesbach im Schwarzwald von zwei Männern überfallen. Erzberger wurde durch sieben Schüsse tödlich getroffen; Diez konnte schwer verwundet entkommen. Den badischen Ermittlern gelang es rasch, die Identität der Täter festzustellen: Es handelte sich um den Oberleutnant zur See Heinrich Tillessen und den ehemaligen Leutnant Heinrich Schulz. Beide waren gemeldet unter der Adresse «München. Maximilianstraße» und hatten Verbindung zur «Bayerischen Holzverwertungsgesellschaft m. b. H.» – eine Tarnbezeichnung der O. C. Bevor die Polizei zugreifen konnte, gelang es den Attentätern, sich nach Ungarn abzusetzen. Der Kapitänleutnant a. D., Manfred Killing, der sie vor der Tat instruiert hatte, wurde am 13. Juni 1922 vom Vorwurf der Beihilfe zum Mord freigesprochen.¹⁰

Erst neun Tage zuvor, am Pfingstsonntag 1922, war auf Philipp Scheidemann, der am 9. November 1918 die Republik ausgerufen hatte und nach seiner Regierungszeit als Oberbürgermeister von Kassel tätig war, ein Anschlag verübt worden. Während eines Waldspaziergangs mit seiner Tochter und seiner Enkelin in der Nähe von Wilhelmshöhe lauerten ihm zwei Männer auf. Der eine, als sportlicher Wanderer verkleidet, zog, als er Scheidemann überholte, eine Gummispritze aus der Tasche und sprühte seinem Opfer dreimal Blausäure ins Gesicht. Scheidemann konnte, bevor er bewusstlos zusammenbrach, noch zwei Schüsse auf den Flüchtenden abgeben. Er überlebte dank des glücklichen Zufalls, dass ein starker Wind an diesem Tag die Wirkung des Giftes beeinträchtigte. Die beiden Täter, der ehemalige Leutnant Karl Oehlschläger und sein Kumpan Hans Hustert zählten zum Stamm der mit «besonderen Aufgaben» betrauten O. C.-Aktivisten. Im August 1922 wurden sie in Oberschlesien verhaftet, wo sie auf einem Gut als Waldarbeiter Unterschlupf gefunden hatten.¹¹

Rathenau wusste, dass sein Leben gefährdet war. Die Belastung durch das Amt sei an sich schon auf die Dauer physisch kaum durchzuhalten, klagte er in einem Gespräch mit Harry Graf Kessler am 20. März 1922. «Aber das Schlimmste sei doch die bösertige Gegnerschaft in Deutschland selbst. Jeden Tag bekomme er nicht bloß Drohbriefe, sondern auch ernstzunehmende Polizei-Anzeigen.»¹² Dennoch verzichtete er auf besondere Schutzmaßnahmen, zu denen ihm die Polizei riet. Fast schien es, als würde er sich fatalistisch in sein Schicksal fügen. «Aber was wollen Sie», entgegnete er dem linksliberalen Publizisten Hellmuth von Gerlach, «dagegen kann man sich nicht schützen, wenn man nicht selbst Gefangener werden, sich einschließen oder sich ständig von Polizei bewachen lassen will. Als ich mein Amt übernahm, wusste ich, was ich riskiere. Jetzt heißt es abwarten, wie die Sache läuft.»¹³ Und einer Brieffreundin, der «Vorwärts»-Redakteurin Lore Karrenbrock, schrieb er: «Sie sollen sich um meine Erhaltung keine Sorge machen. Wenn ein unvergeudetes Leben enden soll, so geschieht es nicht aus Willkür, sondern weil es seinen Abschluss gefunden hat. Dankbar bin ich für jede Stunde, die mir zu wirken vergönnt ist, und welcher Satz, welcher Pinselstrich des Werkes letzter ist, ziemt nicht zu fragen.»¹⁴

Die Nachricht von der Ermordung des Reichsaußenministers verbreitete sich am Vormittag des 24. Juni in Windeseile. Der Berliner Maler Max Liebermann erinnerte sich: «Den schrecklichen Tag kann ich nicht vergessen, als mein Nachbar in Wannsee (...) heulend in den Garten kam. Morgens um elf Uhr war's. Ich stand gerade da drüben im Garten, wo meine Staffelei steht. «Der Walther ist ermordet», schrie er.»¹⁵ Der Theaterkritiker Alfred Kerr war gerade aus den USA zurückgekommen und wollte nach England weiterreisen, als eine Verwandte seiner Frau hereinstürzte und «zitternd vor Erregung» meldete: «Sie haben Rathenau erschossen – da drüben liegt er.»¹⁶ Kerrs Wohnung in der Höhmannstraße war nur wenige hundert Meter von Rathenaus Villa entfernt. Um 11.30 Uhr kam Kesslers Privatsekretär mit der Nachricht, Carl von Ossietzky habe soeben telefoniert, Rathenau sei ermordet worden. «Ich war wie vom Schlag gerührt», hielt Kessler in seinem Tagebuch fest.¹⁷ Der Historiker Erich Marcks hielt sich am Vormittag im Auswärtigen Amt auf, wo er angehende Diplomaten prüfen sollte: «Da ging ein entsetztes Flüstern durch den Saal u(nd) man schickte uns nach Hause – Rathenau war ermordet, auf der Fahrt zu uns.»¹⁸ Der Prager Schriftsteller Franz Kafka erhielt die Schreckensbotschaft von seinem Freund Max Brod.

Er reagierte mit zynischer Bitterkeit: «Unbegreiflich, dass man ihn so lange leben ließ, schon vor zwei Monaten war das Gerücht von seiner Ermordung in Prag (...).» Der Anschlag auf den Außenminister gehöre «so sehr zum jüdischen und deutschen Schicksal», dass man ihn geradezu habe erwarten müssen.¹⁹

Reichspräsident Ebert weilte in seinem Feriendomizil in Freudenstadt im Schwarzwald, als ihn die Nachricht erreichte. Auf der Stelle ließ er nach Berlin telegraphieren, der «feige Mord» habe der Regierung ein hochbefähigtes Mitglied genommen, «dessen erfahrener Rat in dieser Zeit besonders schwer entbehrt werden kann». Der Mord erschütterte Ebert so sehr, dass er eine schmerzhafte Gallenkolik bekam. Gegen den Rat seines Arztes machte er sich noch in der Nacht auf den Weg in die Reichshauptstadt.²⁰

Theodor Wolff drückte in seinem Leitartikel im «Berliner Tageblatt» seine Erschütterung und sein Entsetzen aus. «Erschütterung darüber, dass dieser glänzend begabte, weit über die Gewöhnlichkeit hervorragende und warm für sein Land empfindende Mann nun auch, wie so viele andere vor ihm, von einem Sendling der im Dunkel hausenden Verschwörung hingeremordet worden ist. Ein tiefstes Entsetzen über die unsagbaren Zustände, in denen wir leben und unter denen heute regiert werden muss.» Zugleich verwies Wolff auf die Verantwortlichen für die Mordtat: «Mit grenzenloser Niedrigkeit, mit unergründlicher Gemeinheit ist Rathenau in den deutschen nationalen und deutschvölkischen Versammlungen und in den meisten Blättern dieser Richtungen verleumdet und beschmutzt worden, und diese geistige Vorbereitung hat die Tat möglich, hat sie unvermeidlich gemacht.»²¹ Auch der Schriftsteller Stefan Zweig sah, wie er seinem Freund, dem Franzosen Romain Rolland, unter dem unmittelbaren Eindruck der Tat schrieb, in dem Mord an Rathenau ein großangelegtes Komplott, darauf abzielend, «alle Mutigen, alle wahren Anführer der pazifistischen oder revolutionären Parteien zu ermorden (...), um die Macht an sich zu reißen».²² Unter der Überschrift «Wer schützt die Republik?» warnte Georg Bernhard, der Chefredakteur der «Vossischen Zeitung»: «Die Schüsse, die heute Vormittag draußen im Grunewald Walther Rathenau tödlich trafen, sind Alarmschüsse. Ein Alarm, der alle gesunden Instinkte im deutschen Volk wachrufen und die Masse derer sammeln sollte, die noch der Auffassung sind, dass auch in der Politik Anstand und Vernunft die Leidenschaften in Zaum halten müssen. Jetzt endlich muss die Republik sich aufrufen, um die Männer zu schützen,

die sich in ihren Diensten um den Aufbau Deutschlands mühen. Denn die Republik selbst ist in Gefahr.»²³

Am Nachmittag des 24. Juni, um 15 Uhr, trat der Reichstag zu einer Sondersitzung zusammen. Dabei kam es zu Szenen, wie sie das Parlament noch nicht erlebt hatte. Als der Vorsitzende der DNVP, Karl Helfferich, einer der schärfsten Kritiker Rathenaus, der noch tags zuvor dessen «Erfüllungspolitik» gezeißelt hatte, den Saal betrat und sich zu seinem Platz begab, erhob sich ein ohrenbetäubender Lärm. Erich Dombrowski, der Leiter des Politikressorts der «Vossischen Zeitung», berichtete: «Die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten drängten fast in einer geschlossenen Phalanx lebhaft gestikulierend nach seinem Platz. «Das ist der Mörder», scholl es ihm hundertfach entgegen. (...) Die Situation spitzte sich mit jeder Sekunde mehr zu. Es drohte zu einem Handgemenge zu kommen. (...) Alle Abgeordneten hatten sich von ihren Sitzen erhoben und folgten mit atemloser Spannung diesem Zusammenprall der Rechten und der Linken. Die Sozialisten ballten die Fäuste und stießen immer neue Drohungen gegen Helfferich aus.»²⁴ Vergeblich schwang Reichstagspräsident Paul Löbe die Glocke. Erst als er damit drohte, die Sitzung aufzuheben, beruhigten sich die Gemüter. Reichskanzler Wirth kündigte scharfe Maßnahmen gegen die Mörderbande und ihre Helfershelfer an. Seine Rede wurde, wie Harry Graf Kessler beobachtete, «wiederholt von tosendem Beifall auf der Linken u(nd) bei Demokraten u(nd) Zentrum unterbrochen. Auch die Tribünen klatschten mit. Einmal erhob sich das halbe Haus und rief donnernd dreimal «Es lebe die Republik.»²⁵ In einer zweiten Sitzung des Reichstags am Abend verlas Wirth die Verordnung, die der Reichspräsident zuvor kraft seiner Befugnisse nach Artikel 48 der Verfassung erlassen hatte: Sie drohte den auf Bekämpfung der republikanischen Staatsform gerichteten Vereinen und Versammlungen das Verbot an und stellte die Beschimpfung der Republik und ihrer Repräsentanten unter Strafe. Zu diesem Zwecke sollte ein Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik in Leipzig geschaffen werden. (Eine zweite Verordnung vom 29. Juni drohte Teilnehmern an Vereinigungen, die sich die Ermordung von Mitgliedern der Reichs- und Landesregierungen zum Ziel gesetzt hätten, die Todesstrafe an.)²⁶

Für Sonntag, den 25. Juni, riefen die Gewerkschaften zu einer Kundgebung im Berliner Lustgarten auf. Hunderttausende zogen vom frühen Mor-



25. Juni 1922: Im Reichstag hält Reichskanzler Joseph Wirth eine große Trauerrede auf Rathenau

gen bis zum späten Abend unter der schwarz-rot-goldenen Fahne schweigend durch die Straßen Berlins. Die gespaltene Linke rückte, wie es schien, wieder zusammen. Eine Sympathiewelle für die Republik ging durchs Land. «Die Erbitterung gegen die Mörder Rathenaus ist tief und echt, ebenso der feste Wille zur Republik, der viel tiefer sitzt als der vorkriegsmonarchische «Patriotismus», stellte Harry Graf Kessler fest.²⁷

Um 12 Uhr trat der Reichstag wieder zusammen, um über die Ausnahmereordnungen zu beraten. Reichskanzler Wirth nutzte die Gelegenheit, um mit bewegenden Worten des Toten zu gedenken und die Republikgegner anzuklagen. Seine improvisierte Rede gipfelte in den Sätzen: «Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts.» Das Parlamentsprotokoll verzeichnete an dieser Stelle: «Stürmischer, langanhaltender Beifall und Händeklatschen in der Mitte und links und auf sämtlichen Tribünen. Große, langandauernde Bewegung.»²⁸ Die Reichstags-sitzung habe auf alle, die an ihr teilgenommen hätten, «einen tiefen Eindruck hinterlassen», schrieb Georg Bernhard: «Die Rede des Reichskanzlers war

die beste, die er jemals gehalten hat und war vielleicht die beste oratorische Leistung, die in dem Wallot-Bau bisher erklingen ist.»²⁹

Die offizielle Feier zur Beisetzung Rathenaus fand am 27. Juni im Sitzungssaal des Reichstags statt. «Der Sarg stand erhöht aufgebahrt hinter dem Rednerpult unter einem mächtigen schwarzen Baldachin, der von der Decke hing. Der Saal war schwarz ausgeschlagen und mit einem wahren Meer von Blumen und Blattpflanzen geschmückt (...), beobachtete Harry Graf Kessler von der Tribüne aus. «Um 12 Uhr führte der Reichskanzler die alte Mutter (Rathenaus) herein in die Kaiserloge (...). Die alte Frau war wachsbleich und steinern, wie gemeißelt unter ihren Schleiern. Offenbar ganz Selbstbeherrschung. Ihr weißes, verschleiertes, schmerzgebleichtes Gesicht war das, was mich am meisten ergriff.»³⁰ In seiner unter Schmerzen gehaltenen Trauerrede erklärte Reichspräsident Ebert: «Die verruchte Tat traf nicht den Menschen Rathenau allein, sie trifft Deutschland in seiner Gesamtheit. Gerichtet war die Bluttat gegen die Deutsche Republik und gegen den Gedanken der Demokratie (...), sie ist ein Anschlag auf die Nation.»³¹ Als der Trauermarsch aus Wagners «Götterdämmerung» erklang, war es bei vielen mit der Fassung vorbei. «Viele um mich herum weinten, das Weltgeschichtliche dieses schicksalsschweren Todes schwebte in der Musik durch die Seelen», so Harry Graf Kessler.³² Eine ungeheure Menschenmenge säumte trotz des Regens die Straßen, als der Sarg Rathenaus in die Familiengrabstätte in Berlin-Oberschöne-weide überführt wurde.

Ab 12 Uhr mittags ruhte überall in Deutschland die Arbeit. Gewaltige Demonstrationzüge zogen durch fast alle großen Städte – liberale Bürger einträchtig neben Sozialdemokraten und Kommunisten. «Der Leiter eines der größten kapitalistischen Unternehmen der Welt war getötet worden – kommunistische Arbeiter weinten an seinem Grabe und fluchten der Mörder», erinnerte sich der Chefredakteur des «Vorwärts», Friedrich Stampfer.³³ Fast hatte es den Anschein, als würde die Republik nun die Unterstützung einer breiten Mehrheit der Bevölkerung finden, die ihr bislang gefehlt hatte. Die Erregung über die Bluttat reichte bis weit ins konservative Bürgertum hinein. «Der widerwärtig gemeine Mord hat mich weit nach links gedrängt», notierte Victor Klemperer.³⁴ Unter dem Eindruck des Schocks schrieb Thomas Mann in den Sommermonaten 1922 seine Rede «Von deutscher Republik», in der er deutlicher als zuvor von seinen in den «Betrachtungen eines Unpolitischen» bezogenen Positionen abrückte und sich zur neuen Staats-

form bekannte. Die Rede, die er am 13. Oktober 1922 im Beethoven-Saal in Berlin halten wird, klang mit dem Ruf aus: «Es lebe die Republik!»³⁵

Doch die Trauer war nicht so allgemein, wie es aufgrund der vielen Kundgebungen scheinen mochte. Überall schlage die Erregung über die Mordtat «ungeheure Wellen (...), außer in München», beobachtete Hedwig Pringsheim.³⁶ In deutschnationalen Kreisen gab es viel klammheimliche Freude über den Tod Rathenaus. Zwar verwehrte sich der Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, in einem Erlass an die Truppe gegen den Vorwurf des Sympathisantentums mit den Rathenau-Mördern, doch in nicht wenigen Kasernen wurden nach Bekanntwerden der Mordtat Freudenfeiern und Zechgelage veranstaltet. Manche Reichswehroffiziere weigerten sich, an Trauerfeierlichkeiten teilzunehmen oder die Dienstgebäude mit der schwarz-rot-goldenen Fahne zu beflaggen.³⁷ Ähnliches wiederholte sich an Universitäten, wo antisemitische Professoren und Studenten den Ton angaben. In Heidelberg zum Beispiel weigerte sich der Nobelpreisträger für Physik, Philipp Lenard, anlässlich der Beerdigung Rathenaus das von ihm geleitete Physikalische Institut nachmittags zu schließen und halbmast zu flaggen. Republikanische Studenten, die gegen diese Provokation protestierten, unter ihnen Carlo Mierendorff, der spätere prominente SPD-Politiker und Widerstandskämpfer gegen Hitler, wurden gemäßregelt, ein Disziplinarverfahren gegen Lenard aber wurde niedergeschlagen.³⁸

Die Verfolgung der Mörder Rathenaus lag in den Händen der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums. Geleitet wurde sie von Bernhard Weiß, der sich als Jude ebenfalls antisemitischen Angriffen ausgesetzt sah.³⁹ Gerade deshalb betrieb Weiß die Aufklärung des Verbrechens mit besonderem Nachdruck. Aufgrund eines Hinweises aus dem rechtsradikalen Umfeld konnte die Polizei schon nach wenigen Tagen den Wagen der Attentäter sicherstellen und den Fahrer, den 21-jährigen Studenten Ernst Werner Techow, verhaften. Die beiden Haupttäter, der 23-jährige Kieler Jurastudent Erwin Kern und der 26-jährige Maschinenbauingenieur Hermann Fischer aus Chemnitz, wurden nach wochenlanger Jagd auf Burg Saaleck bei Kösen im Thüringischen gestellt. Kern fand bei der Schießerei mit Polizeibeamten den Tod; sein Komplize erschoss sich selbst.⁴⁰ Das Ende der Mörder wurde von den Nationalsozialisten nach 1933 zum Heldenepos umgedeutet; sie setzten den beiden «Märtyrern der Bewegung», wie sie jetzt

hießen, einen Gedenkstein. Burg Saaleck wurde zum Wallfahrtsort für die Rechten.⁴¹

Im Oktober 1922 wurde vor dem neugebildeten Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik der Prozess gegen die Gehilfen und Mitwisser des Attentats eröffnet, unter ihnen der ehemalige Freikorps-Soldat und spätere Schriftsteller Ernst von Salomon, der den Auftrag erhalten hatte, einen Chauffeur für das Mordauto zu beschaffen, und Karl Tillessen, ein Bruder des Erzberger-Mörders. Die meisten der siebzehn Angeklagten waren noch sehr jung, das Hauptkontingent stellten Studenten und Gymnasiasten. Alleamt stammten sie aus sogenanntem «guten Hause». Die Wirren von Krieg und Nachkriegszeit hatten sie aus der gewohnten Bahn geworfen. Desorientiert und verunsichert, hatten die meisten von ihnen bei nationalistischen und rechtsextremen Organisationen Zuflucht gesucht. Einige waren Mitglieder der Brigade Ehrhardt gewesen, hatten sich aktiv am Kapp-Putsch beteiligt und waren danach der «Organisation Consul» beigetreten. «Diese Menschen lieben das «Nationale» und meinen das Schießgewehr, sie arbeiten für die «nationale Sache» und meinen die Vorbereitung zum Mord», schrieb der Schriftsteller Joseph Roth, der für die «Neue Berliner Zeitung» über den Prozess berichtete.⁴²

Das Gericht verhängte harte Strafen: Ernst Werner Techow wurde wegen Beihilfe zum Mord zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt; Ernst von Salomon erhielt fünf Jahre Zuchthaus. Nachgewiesene Nichtanzeige des geplanten Verbrechens wurde mit Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren geahndet. Der Vorwurf, der ansonsten zu Recht gegen die Weimarer Justiz erhoben wird, dass sie nämlich gegenüber rechten Gewalttätern allzu große Milde walten lassen – er ist in diesem Fall nicht berechtigt. Das gilt auch für die beiden Scheidemann-Attentäter, die im Dezember 1922 zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurden.

Dennoch war der Ausgang des Prozesses unbefriedigend. Denn der Staatsgerichtshof versäumte es, der Frage nach den Hintermännern der Tat nachzugehen. In seinem Plädoyer erklärte Oberreichsanwalt Ludwig Ebermayer: «Die Fäden, die von dem Rathenau-Mord und von den Tätern nach den verschiedensten Seiten zurückführen, sind zu verworren, als dass sie heute schon entwirrt werden können.»⁴³ Dabei gab es schon 1922 genügend Indizien, die wie bei den Anschlägen auf Erzberger und Scheidemann auf die «Organisation Consul» als Drahtzieherin verwiesen. Erst im Oktober

1924, mehr als zwei Jahre nach dem Rathenau-Mord, wurde vor dem Staatsgerichtshof ein Verfahren gegen die Organisation eröffnet. Der Prozess geriet zur Farce. Die Richter gaben sich nicht einmal mehr Mühe, ihre Sympathien mit den Rechtsterroristen zu verbergen – als «ehrenhafte, vaterlandsliebende und unerschrockene Männer» bezeichnete sie selbst Oberreichsanwalt Ebermayer. 16 der 26 Angeklagten wurden wegen «Geheimbündelei» zu lächerlich geringen Gefängnisstrafen von drei bis acht Monaten verurteilt. Zur Klärung der Verantwortung der Ehrhardt-Organisation für die Mordanschläge auf Weimarer Politiker trug der Prozess nichts bei.⁴⁴

In der «Weltbühne» hatte Kurt Tucholsky Ende Juni 1922 gemahnt, nun endlich energisch gegen die Feinde der Republik vorzugehen: «Steh einmal auf! Schlag mit der Faust darein./Schlaf nicht nach vierzehn Tagen wieder ein!/Heraus mit deinen Monarchistenrichtern,/mit Offizieren – und mit dem Gelichter,/das von dir lebt, und das dich sabotiert,/an deine Häuser Hakenkreuze schmiert./(...) Schlag zu! Schlag zu! Pack sie gehörig an!»⁴⁵ Doch die Chance, die starke prorepublikanische Mobilisierung nach der Mordtat für eine nachhaltige Stabilisierung der Demokratie zu nutzen, wurde vertan. Zwar konnte die Mehrheit der Parteien sich im Juli 1922 noch auf ein Gesetz zum Schutz der Republik verständigen, doch weigerte sich die bayerische Regierung, dieses Gesetz zu übernehmen. Während in Preußen rechtsradikale Organisationen verboten wurden, durften sie sich in Bayern weitgehend ungehindert betätigen. Ein Jahr später sollten Hitler und Ludendorff in München putschen.

Das Schlusswort in der Tragödie sprach Rathenaus Mutter. Während der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof im Herbst 1922 verlas der Verteidiger von Ernst Werner Techow einen Brief, den sie an die Mutter des Attentäters geschrieben hatte: «In namenlosem Schmerz reiche ich Ihnen, Sie ärmste aller Frauen, die Hand. Sagen Sie ihrem Sohn, dass ich im Namen und im Geiste des Ermordeten ihm verzeihe, wie Gott ihm verzeihen möge, wenn er vor der irdischen Gerechtigkeit ein volles und offenes Bekenntnis abgelegt und vor dem göttlichen bereut. Hätte er meinen Sohn gekannt, den edelsten Menschen, den die Erde trug, er hätte eher die Mordwaffe auf sich selbst gerichtet als auf ihn. Mögen diese Worte Ihrer Seele Frieden geben.»⁴⁶ Dieses Zeugnis menschlicher Großherzigkeit stieß bei der Adressatin auf wenig Gegenliebe. Frau Techow ließ Mathilde Rathenau über ihren Anwalt nur eine kühle Empfangsbestätigung zukommen.

Kapitel VII

Modell Thüringen

Wilhelm Fricks braune Kulturrevolution



Wilhelm Frick (ganz links im Bild) mit Hitlers engstem Kreis zu Besuch im sächsischen Kurort Bad Elster 1932. Neben Frick, Joseph Goebbels, Adolf Hitler, Ernst Hanfstaengl (Auslandspressechef der NSDAP), Hermann Göring.

Am 23. Januar 1930 kommt es im thüringischen Landtag zu einer erregten Aussprache. Auf der Tagesordnung steht die Wahl einer neuen bürgerlichen Rechtsregierung, der einer der engsten Gefolgsleute Hitlers und Mitputschist von 1923, Wilhelm Frick, als Innen- und Volksbildungsminister angehören soll. Zu Beginn kritisiert der vormalige Ministerpräsident und SPD-Fraktionsvorsitzende August Frölich, dass der Landtagspräsident die schwarz-rot-goldene Fahne auf dem Landtagsgebäude habe einziehen lassen. Wolle man dadurch demonstrieren, fragt er, «dass die Farben des Dritten Reiches unter Hitler-Frick an Stelle der Reichs- und Landesfarben treten sollen»? Mit dem Nationalsozialisten Frick, so fährt der Redner fort, werde «ein Hochverräter als Verfassungsminister» bestellt, der als bayerischer Beamter schon einmal den Eid auf die Verfassung gebrochen und aus seiner Gegnerschaft gegen das parlamentarisch-demokratische System nie einen Hehl gemacht habe.

Frölich erinnert daran, dass Frick im Reichstag für die Amnestierung des Mitbeteiligten am Rathenau-Mord, Ernst Werner Techow, plädiert und Straffreiheit für die Erzberger-Attentäter Schulz und Tillessen gefordert hatte. Der DVP, die sich an der Rechtsregierung beteiligen will, ruft er ins Gedächtnis, dass Frick gerade erst im Dezember 1929 den verstorbenen Außenminister Gustav Stresemann als bezahlten Agenten des Auslands geschmäht habe, weil er den Friedensnobelpreis angenommen hatte. Immer wieder von Zwischenrufen der Nationalsozialisten unterbrochen, schließt Frölich seine Rede mit den Worten: «Der heutige Tag wird durch die Wahl des Herrn Frick zu einem Tage der politischen und kulturellen Schande Thüringens.»¹

Der Fraktionsvorsitzende der DVP, Georg Witzmann, versucht am Nachmittag, die Haltung seiner Partei zu rechtfertigen. Gegen erhebliche Bedenken habe man sich entschlossen, in die Regierung einzutreten, getreu dem Grundsatz, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, «die den guten Willen haben, mit ihrer Arbeit dem Wohle des Landes zu dienen». Frick habe versprochen, den Eid auf die Verfassung zu leisten, und überdies erklärt, er habe Stresemann keine Bestechlichkeit vorwerfen wollen. Eine Brandmauer nach rechts steht für die thüringische DVP nicht zur Debatte. Im Gegenteil, die Nationalsozialisten stünden der DVP «weltanschaulich und politisch näher» als die Sozialdemokraten, versichert Witzmann.² Am Ende wird die Regierung mit 36 gegen 32 Stimmen der SPD, KPD und DDP bestätigt. Mit Frick zieht der erste nationalsozialistische Minister in eine Landesregierung ein.

Dass ausgerechnet Weimar – die Stadt, in der sich die Republik ihre demokratische Verfassung gegeben hatte – den Nationalsozialisten als Sprungbrett in eine wichtige Machtposition dienen sollte, geschah keineswegs zufällig. Denn nach dem Zwischenspiel der Einheitsfrontregierung von SPD und KPD im Herbst 1923, das wie in Sachsen durch Reichsexekution beendet worden war, hatte in Thüringen eine starke Bewegung nach rechts eingesetzt. Aus den Landtagswahlen vom 10. Februar 1924 war der «Thüringische Ordnungsbund» – ein Zusammenschluss von DNVP, DVP und Thüringischem Landbund – als stärkste Kraft hervorgegangen. Er verfehlte mit 35 von 72 Landtagsmandaten allerdings die Mehrheit und war deshalb auf die Duldung des Völkisch-Sozialen Blocks, einer Nachfolgeorganisation der verbotenen NSDAP, angewiesen, der mit 9,3 Prozent der Stimmen und sieben Landtagsmandaten ebenfalls einen Überraschungserfolg erzielt hatte. (In Weimar hatte er mit 18,6 Prozent sogar doppelt soviel Stimmen bekommen.)³

Eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung war, dem ungeliebten Bauhaus von Walter Gropius in Weimar die finanziellen Mittel zu kürzen. Daraufhin erklärten der Leiter und die Bauhausmeister ihre Verträge mit dem Land Thüringen für aufgelöst. In Dessau, der Hauptstadt des Freistaats Anhalt, fand die weltberühmte Architektur- und Kunstschule eine neue Bleibe.⁴

Als nach Wiederbegründung der NSDAP im Februar 1925 ein reichsweites Redeverbot gegen Hitler verhängt wurde, war es der Innenminister

der Ordnungsbund-Regierung, der diese Maßnahme aufhob. Thüringen löste Bayern als Tummelplatz für die rechtsextreme Szene ab. «Nirgendwo in Deutschland fanden Hitler, die NSDAP, völkische Antisemiten, Wehrverbände und extreme Nationalisten ein besseres Betätigungsfeld», bilanziert der Historiker Karsten Rudolph.⁵

Im März 1925 trat Hitler erstmals in Weimar in mehreren überfüllten Versammlungen auf. Es folgten weitere Auftritte im Oktober 1925.⁶ Während seiner Aufenthalte stieg der Parteiführer am liebsten im Hotel Elephant, dem traditionsreichen Quartier am Markt, ab, wo man ihm schon früh einen roten Teppich ausrollte. Die erwiesene Gastfreundschaft war auch ein Grund für Hitler, den für Anfang Juli 1926 geplanten ersten Reichsparteitag der NSDAP nach Aufhebung des Verbots nach Weimar einzuberufen. Nach den vorausgegangenen Querelen in der völkischen Bewegung präsentierte sich die Partei hier in neuer Geschlossenheit, straff ausgerichtet auf den «Führer» als unumstrittene Integrationsfigur. Am Nachmittag des 4. Juli durfte Hitler im Deutschen Nationaltheater sprechen – an demselben Ort also, wo Friedrich Ebert am 6. Februar 1919 die Nationalversammlung eröffnet und die Verfassungsgebende Nationalversammlung getagt hatte. «An der Stelle, wo Ebert saß, sitzt und steht heute Adolf Hitler (...). Das ist der Beginn einer neuen Zeit», rühmte der Gauleiter der NSDAP, Arthur Dinter, beim «Generalappell» von SA und SS.⁷

Im September 1927 setzte Hitler den Autor des antisemitischen Bestsellers «Die Sünde wider das Blut» von seinem Posten ab, weil dieser mit seiner sektiererischen Idee einer Wiederherstellung der «reinen Heilslehre» die Kreise des Parteiführers störte. Zum Nachfolger als Gauleiter berief er den bisherigen Geschäftsführer Fritz Sauckel, der es als Hitler unbedingt ergebener Gefolgsmann noch weit bringen sollte.⁸ In der Weimarer Gauleitung begann ein unscheinbarer Funktionär als Kassierer und Buchhalter seine Karriere, die ihn zu einem der mächtigsten Männer des Dritten Reiches aufsteigen ließ: Martin Bormann.⁹

In Weimar fand auch der junge Baldur von Schirach, ein Sohn des letzten Großherzoglichen Theaterintendanten, seinen Weg zu Hitler, auf den er Huldigungsverse verfasste und der ihn im Oktober 1931 zum Reichsjugendführer der NSDAP ernennen wird. Neben dem völkischen Literaturhistoriker und bekennenden Antisemiten Adolf Bartels und dessen Schüler Hans Severus Ziegler, seit 1925 stellvertretender Gauleiter, war es

Schirach, der Hitler Zugang zu konservativ-großbürgerlichen Kreisen Weimars verschaffte. «Ich liebe nun einmal Weimar», äußerte der Parteiführer im Jahr 1928. «Ich brauche Weimar, wie ich Bayreuth brauche. Und es wird der Tag kommen, da ich dieser Stadt und ihrem Theater noch manche Förderung zuteil werden lassen werde. Mit Weimar und Bayreuth habe ich noch viel vor.»¹⁰

Bei den thüringischen Landtagswahlen vom 8. Dezember 1929 errang die NSDAP 11,3 Prozent der Stimmen. (In Weimar bekam sie sogar 23,8 Prozent.) Damit übertraf sie das Ergebnis der Landtagswahlen vom Februar 1927 (3,5 Prozent) um mehr als das Dreifache. Der Erfolg kam nicht von ungefähr. Die Partei hatte unter Sauckels Führung einen schlagkräftigen Apparat aufgebaut und mit einem aggressiven Wahlkampf ihre Agitation bis in die kleinen ländlichen Gemeinden Thüringens hineingetragen.¹¹ Ihr Zuwachs ging vor allem auf Kosten der bürgerlichen Parteien – ein Symptom für Verschiebungen im Wählerverhalten, mit denen sich bereits der kommende Erdrutsch bei der Reichstagswahl vom 12. September 1930 ankündigte. Das «Berliner Tageblatt» lag also durchaus falsch, wenn es das Ergebnis mit der Bemerkung abtat, es handele sich «um eine Modeerscheinung mit Fastnachtsrummel, die hingenommen werden muss».¹²

Obwohl die NSDAP nur sechs Landtagssitze errungen hatte, befand sie sich doch in einer Schlüsselposition. Denn wie schon 1924 fehlte den bürgerlichen Parteien der Mitte und der Rechten eine Mehrheit. Ihren 23 Mandaten (Landbund: 9; Wirtschaftspartei: 6; DVP: 5; DNVP: 2; DDP: 1) standen 24 Mandate der SPD (18) und der KPD (6) gegenüber. Da sie eine Koalition mit den Sozialdemokraten ausgeschlossen hatten, waren sie also, um eine Regierung bilden zu können, auf die Unterstützung der sechs nationalsozialistischen Abgeordneten angewiesen. Mit einer bloßen Tolerierung wollte Hitler es diesmal nicht bewenden lassen; vielmehr strebte er von Anfang an die direkte Beteiligung an der Regierung an.

Über seine Motive hat sich Hitler mit einer für ihn ganz ungewohnten Offenheit in einem Brief an einen in Übersee lebenden Anhänger der NS-Bewegung vom 2. Februar 1930 ausgelassen. Darin konstatierte er einen «großen Umschwung» in der öffentlichen Wahrnehmung der NSDAP. Es sei «staunenswert, wie sich hier die vor wenigen Jahren noch selbstverständliche arrogante, hochnäsige oder dumme Ablehnung der Partei in eine erwar-

tungsvolle Hoffnung verwandelt» habe. Diese Hoffnung aber würde man enttäuschen, wenn man bei einem prinzipiellen Nein zur Regierungsbeteiligung bliebe. Seine Bereitschaft, sich aktiv in die Koalitionsverhandlungen einzuschalten, verband Hitler mit der Forderung nach zwei Schlüsselressorts, dem Innen- und dem Volksbildungsministerium: «Dem Innenministerium untersteht die gesamte Verwaltung, das Personalreferat, also Ein- und Absetzung aller Beamten sowie die Polizei. Dem Volksbildungsministerium untersteht das gesamte Schulwesen, angefangen von der Volksschule bis zur Universität in Jena sowie das Theaterwesen. Wer diese beiden Ministerien besitzt und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausnutzt, kann Außerordentliches (be)wirken.»¹³

Es ging Hitler also nicht nur um die bloße Regierungsbeteiligung, sondern darum, die Exekutive von innen her zu erobern. «Da werden wir die erste Probe aufs Exempel liefern», prophezeite der Berliner Gauleiter Joseph Goebbels am 8. Januar 1930.¹⁴ Als Kandidat für die Übernahme des Doppelministeriums könne, so Hitler weiter, «nur ein durchgekochter (!) Nationalsozialist von ebenso großer Fachkenntnis wie bedingungsloser nationalsozialistischer Gesinnung» in Frage kommen. In seinem frühen Parteigänger, dem ehemaligen Leiter der politischen Abteilung in der Münchner Polizeidirektion und amtierenden Vorsitzenden der NSDAP-Reichstagsfraktion, Wilhelm Frick, glaubte Hitler die geeignete Persönlichkeit gefunden zu haben: «Ein energischer, kühner und verantwortungsfreudiger Beamter von außerordentlich großem Können und fanatischer Nationalsozialist!»¹⁵

Der Vorschlag, den wegen Hochverrats rechtskräftig verurteilten Teilnehmer am Putsch von 1923 zum Minister zu ernennen, wurde von der DVP als unzumutbar zurückgewiesen. «So fuhr ich denn selbst nach Weimar», berichtete Hitler in dem Brief vom 2. Februar, «und habe den Herren ganz kurz in aller Bestimmtheit versichert, dass entweder Dr. Frick unser Minister wird, oder Neuwahlen kommen.»¹⁶ Neuwahlen aber waren das Letzte, was sich die bürgerlichen Parteien wünschen konnten, weil sie zu einer weiteren Stärkung der NSDAP führen würden. Hitler setzte den bürgerlichen Parteien eine Frist von drei Tagen – vom 10. bis 13. Januar –, andernfalls werde er einen Antrag auf Auflösung des Landtags stellen lassen. Noch sträubte sich die DVP.

Hitler befand sich jedoch in einer starken Verhandlungsposition, und sie wurde noch gestärkt durch einen Vortrag, den er am 10. Januar vor führen-

den Vertretern der thüringischen Wirtschafts- und Industrieverbände hielt und der offensichtlich einen großen Eindruck machte. «Abends spricht Hitler in geschlossenem Kreis. Vor 150 Großkopfetten. Es stinkt nach Vornehmheit. Hitler spricht fabelhaft. So hörte ich ihn selten», zeigte sich Goebbels hochzufrieden.¹⁷ Auch aus Kreisen der Wirtschaft wurde nun starker Druck auf die DVP ausgeübt, und mit Ablauf des Ultimatums gab sie ihren Widerstand auf. Am 23. Januar 1930 wurde, wie eingangs geschildert, die Koalitionsregierung gewählt. «Frick ist nun Minister in Weimar. Das war eine schwere Geburt», hielt Goebbels in seinem Tagebuch fest.¹⁸ Fricks Parteigenosse Wilhelm Marschler wurde zum Staatsrat ernannt und war in dieser Position berechtigt, an allen Abstimmungen im Kabinett teilzunehmen.

In der DVP fehlte es nicht an warnenden Stimmen. «Es tut mir in der Seele weh, dass ich euch in der Gesellschaft seh», rief der DVP-Reichstagsabgeordnete Siegfried von Kardorff auf dem Mannheimer Parteitag im März 1930 den Delegierten aus Thüringen zu.¹⁹ Dass sich die DVP dort überhaupt auf Verhandlungen mit der NSDAP eingelassen hatte, zeigt, wie weit die Partei seit dem Tod Stresemanns unter seinem Nachfolger Ernst Scholz nach rechts abgedriftet war. Auf Landesebene mit den Nationalsozialisten gemeinsame Sache zu machen, während man zur gleichen Zeit auf Reichsebene noch in eine Großen Koalition mit den Sozialdemokraten eingebunden war – das war ein Widerspruch in sich. Insofern warf das thüringische Experiment auch bereits einen Schatten auf das nahe Ende der Regierung Hermann Müllers.²⁰

Minister Frick enttäuschte die in ihn gesetzten Erwartungen nicht. Bei der dritten Lesung der Young-Gesetze im Reichstag am 12. März 1930 nahm er auf den Bänken der Länderverepäter Platz, um unmittelbar vor der Schlussabstimmung das Wort zu einer scharfen Protesterklärung zu ergreifen. Er wettete gegen das «Versklavungsgesetz», dessen Annahme «das größte nationale Unglück und das Ende der Selbständigkeit der Länder» bedeuten würde. Zu dieser Erklärung war er vom thüringischen Staatsministerium nicht autorisiert worden. Der DVP-Fraktionsvorsitzende Witzmann missbilligte zwar wenige Tage später das eigenmächtige Vorgehen des Ministers, aber Konsequenzen blieben aus.²¹

Zwei Aufgaben hatte Hitler dem Parteifreund gestellt: Als Innenminister sollte er «eine langsame Säuberung des Verwaltungs- und Beamtenkörpers

von den roten Revolutionserscheinungen vornehmen». Vor allem auf dem Gebiet des Polizeiwesens gebe es «sehr viel zu tun». Und als Volksbildungsminister sollte er die «Nationalisierung des Schulwesens» vorantreiben: «Wir werden ebenso sehr den Lehrkörper von den marxistisch-demokratischen Erscheinungen säubern, wie umgekehrt den Lehrplan unseren nationalsozialistischen Tendenzen und Gedanken anpassen.»²²

Mit großer Energie machte sich Frick ans Werk, um die Verhältnisse in Thüringen in diesem Sinne umzukrempeln. Gleich in seiner Antrittsrede vor den Beamten seiner beiden Ministerien machte er deutlich, dass nun ein «neuer Geist» in Weimar einziehen werde, der sich grundsätzlich vom «landesverräterischen Novembergeist» unterscheiden solle.²³ Am 18. März 1930 brachte er im Landtag den Entwurf eines Ermächtigungsgesetzes ein, das die Landesregierung für ein halbes Jahr weitgehend unabhängig von der parlamentarischen Kontrolle machen sollte. Das Gesetz wurde am 29. März mit einfacher Mehrheit (28 gegen 25 Stimmen) im Landtag angenommen. Unter dem Deckmantel einer Reform und Verschlinkung der Verwaltung wurden republiktreue Beamte entlassen und durch Gefolgsleute der NSDAP ersetzt.²⁴

Allerdings sah die Reichsregierung dem Treiben Fricks nicht tatenlos zu. Bereits am 18. März 1930 hatte der sozialdemokratische Innenminister Carl Severing der Landesregierung mitgeteilt, ihm seien Nachrichten zugegangen, «die begründete Zweifel darüber erwecken, ob die Voraussetzungen für die Gewährung eines Reichszuschusses für Polizeizwecke» noch erfüllt seien.²⁵ Gegen die Sperrung der Reichsgelder legte Ministerpräsident Erwin Baum vom Thüringischen Landbund «feierlich Verwahrung» ein. Der seit dem 30. März 1930 amtierende neue Innenminister Joseph Wirth von der Zentrumspartei verständigte sich zwar im April mit der thüringischen Landesregierung über eine Aufhebung der Sperre des Reichszuschusses, ohne in der grundsätzlichen Frage, ob Nationalsozialisten in die Polizei eingestellt werden dürften, eine Einigung erzielt zu haben. Frick schuf vollendete Tatsachen, indem er die Ämter der Polizeidirektionen von Weimar und Gera mit seinen Vertrauensleuten besetzte. Als Wirth daraufhin im Juni 1930 erneut die Polizeigelder sperren ließ, reichte Ministerpräsident Baum Klage beim Staatsgerichtshof in Leipzig ein. Der Konflikt zwischen Thüringen und dem Reich wurde im Dezember 1930 mit einem Vergleich beigelegt. Thüringen verpflichtete sich, das «unpolitische Verhalten der einzelnen Be-

amten im Dienst unbedingt» zu gewährleisten; das Reich musste die Sperre der Polizeikostenzuschüsse aufheben.²⁶

Ungeachtet aller Einsprüche aus Berlin setzte Frick seine Politik der «Säuberung» der Beamtenschaft unbeirrt fort. Goebbels, der ihn Anfang Juni 1930 in Weimar aufsuchte, war beeindruckt: «Er ist guten Mutes, hat eine Mordscourage, provoziert und ist frech gegen die Bonzen in Berlin. In der Tat, ein deutscher Minister.»²⁷ Vom Abbau des Personals im öffentlichen Dienst, zu dem auch das Land Thüringen aufgrund der prekären Finanzlage gezwungen war, wurden vor allem Beamte betroffen, die der SPD angehörten oder ihr nahestanden. In das Volksbildungsministerium berief Frick drei seiner Parteigenossen als «Fachberater», unter ihnen den stellvertretenden Gauleiter Hans Severus Ziegler. Sie übten eine Art Nebenregierung aus, hatten Zugang zu Personalakten, die sie nutzen, um unliebsame Lehrer anzuschwärzen. In die thüringischen Behörden zog ein Geist des allgegenwärtigen Verdachts und der Denunziation ein.²⁸

Parallel zu den administrativen und personellen Maßnahmen machte sich Frick daran, in der Kulturpolitik des Landes eine radikale Wende einzuleiten. Am 16. April 1930 wurde im Amtsblatt des Volksbildungsministeriums ein Erlass veröffentlicht, der die Wiedereinführung von Schulgebeten zur Pflicht machte. Zur Begründung hieß es, dass «art- und volksfremde Kräfte» schon seit langem versuchten, «die geistig-sittlich-religiösen Grundlagen unseres deutschen Denkens und Fühlens zu zerstören, um das deutsche Volk zu entwurzeln und es so leichter beherrschen zu können». Diesen verderblichen Einflüssen könne das deutsche Volk nur Widerstand leisten, «wenn es die religiös-sittlichen Triebkräfte seines Wesens sich rein bewahrt und sie der heranwachsenden Jugend überliefert». Drei der vorgeschlagenen Gebete richteten sich eindeutig gegen die demokratische Verfassungsordnung von Weimar und atmeten den Geist völkisch-nationalistischer Unversöhnlichkeit. So lautete der Text des zweiten Gebets: «Vater, in deiner allmächtigen Hand/Steht unser Volk und Vaterland./Du warst der Ahnen Stärke und Ehr',/Bist unser ständige Waffe und Wehr./Drum mach' uns frei von Betrug und Verrat./Mache uns stark zu befreiender Tat./Schenk' uns des Heilandes heldischen Mut,/Ehre und Freiheit sei höchstes Gut!/Unser Gelübde und Losung sei:/Deutschland, erwache! Herr, mach' uns frei!/Das walte Gott!»²⁹

«Deutschland erwache» – unter diesem Schlachtruf der Nationalsozialisten sollte den Schülerinnen und Schülern nationalpolitische Gesinnung eingetrichtert werden. Wer mit den «art- und volksfremden Kräften» gemeint war, daran ließ Frick im Mai 1930 im Landtag keinen Zweifel. Die «Freiheitsgebete», so erklärte er, sollten der «Abwehr des Betruges» dienen, der «durch den Marxismus und die Juden am deutschen Volk begangen» worden sei.³⁰ Unter den Koalitionspartnern erhob sich kaum Widerspruch, und auch die Proteste des Thüringer Lehrervereins und der evangelischen Landeskirche hielten sich in Grenzen. Ein Antrag der SPD-Landtagsfraktion, den Erlass zurückzunehmen, wurde von den Parteien der Regierungskoalition zurückgewiesen. Eine Klage vor dem Leipziger Staatsgerichtshof bescherte Frick allerdings eine Niederlage. In seinem Urteil vom 11. Juli 1930 wurden drei der besonders anstößigen Gebetstexte verworfen, weil sie die «Empfindungen Andersdenkender» verletzen und damit gegen Artikel 148, Absatz 2 der Reichsverfassung verstießen.³¹

Noch vor der Einführung der Schulgebete hatte Frick im Februar 1930 eine Verfügung gegen Erich Maria Remarques Roman «Im Westen nichts Neues» erlassen. Das Antikriegsbuch war im Frühjahr 1929 erschienen und rasch zu einem Bestseller avanciert. Nun wurden die Schulräte in Thüringen angewiesen, darüber zu berichten, an welchen Schulen das Buch angeschafft worden war und welche Lehrer es im Unterricht benutzt hatten. Eine weitere Verwendung als Klassenlektüre wurde generell untersagt. Diese Bestimmungen deckten sich mit den Bestrebungen des «Kampfbundes für deutsche Kultur», der im August 1927 unter Leitung des Chefideologen der NSDAP, Alfred Rosenberg, gegründet worden war. Auf seiner Pfingsttagung in Weimar 1930, die unter der Schirmherrschaft Fricks stand, wurde unter anderem gefordert, dass der «deutsche Wehrwille gestählt» werden müsse.³² Remarques Erfolgsbuch war in den Augen der NS-Kulturwächter geeignet, eben diesen «Wehrwillen» zu beeinträchtigen. Das galt im Übrigen auch für die Filmversion des Romans. Gegen den Streifen, der im Dezember 1930 in Berlin Premiere hatte, lief die NSDAP unter Anleitung von Gauleiter Goebbels Sturm. Schließlich verhängte die Oberste Filmprüfstelle am 1. Dezember ein Aufführungsverbot – eine Kapitulation vor dem SA-Terror. «Die n. s. Straße diktiert der Regierung ihr Handeln», triumphierte Hitlers Mann für die Propaganda.³³

Der nächste schwerwiegende Eingriff Fricks in das Kulturleben folgte

Anfang April 1930 mit dem Erlass «Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum». Seit Jahren, hieß es darin, würden sich «fast auf allen kulturellen Gebieten in steigendem Maße fremdrassige Einflüsse geltend» machen, die geeignet seien, «die sittlichen Kräfte des deutschen Volkstums zu unterwühlen». Es läge «im Interesse der Erhaltung und Erstarkung des deutschen Volkstums», alle Erzeugnisse, die eine «Verherrlichung des Negertums» darstellten, als «Zersetzungserscheinungen nach Möglichkeit zu unterbinden». Gegen Schauspielunternehmen, die «weder in sittlicher noch artistischer Beziehung als zuverlässig» angesehen werden könnten, sollten die Behörden einschreiten, wobei der «strengste Maßstab» anzulegen sei.³⁴ Dieser Erlass bot die Handhabe für zahlreiche Verbote. So wurde die Aufführung von Friedrich Wolfs Abtreibungsdrama «Cyankali», das Erwin Piscators Berliner Ensemble in Gera und Jena aufführen wollte, untersagt. Die Stücke von Ernst Toller und Walter Hasenclever verschwanden aus dem Repertoire der staatlichen Theater.³⁵

Am 22. Mai 1930 rechnete der SPD-Abgeordnete Max Greil, der vor 1924 Volksbildungsminister gewesen war, im thüringischen Landtag mit Frick ab. Diesem ginge es darum, alle Bereiche des Kulturlebens «im parteipolitischen nationalsozialistischen Sinne» zu politisieren. Sein «Ukas gegen die Negerkultur» richte sich in Wahrheit gegen die Juden, und das solle Frick auch öffentlich bekennen. Mit dem «klassischen Geist des Weltbürgertums im Sinne Goethes» habe das alles nichts mehr zu tun. «Es ist der Geist nationalistischer Engherzigkeit, es ist der Geist chauvinistischer Kriegshetzei.»³⁶

In seinem berüchtigten Erlass hatte Frick bekanntgegeben, dass er den Architekten Paul Schultze-Naumburg zum neuen Leiter der Vereinigten Kunstlehranstalten (Hochschule für Baukunst, bildende Kunst und Handwerk) in Weimar bestellt habe und diese zu einem «Mittelpunkt deutscher Kultur» ausgebaut werden sollten. Schultze-Naumburg, den Frick auch als einen «Kunstberater» angeheuert hatte, hatte sich als ein vehementer Gegner des Bauhauses und Verfechter einer «rassetüchtigen» deutschen Kultur einen Namen gemacht. Sein Haus in Saaleck bei Bad Kösen, unterhalb der Burgruine gelegen, war ein beliebter Treffpunkt völkisch-rechtsextremer Kreise. Im Juni 1930 war auch Goebbels in Begleitung von Frick und Walter Darré, dem NS-Agrarideologen, dort zu Gast. «Das Schultze-Haus liegt

wundervoll über der Saale, herrlich in die Landschaft hineinkomponiert, ein wahrer Edelsitz (...). Ich sah noch nie ein so stilvolles Haus», zeigte er sich angetan. Der Berliner Gauleiter ließ sich die Gelegenheit nicht entgehen, um dem Grab der Rathenau-Mörder Fischer und Kern einen Besuch abzustatten.³⁷

In seiner Rede zur Einweihung der neugestalteten Vereinigten Kunstlehranstalten am 10. November 1930 geißelte Schultze-Naumburg die moderne Kunst, die «nur noch aus verbogenen und verkrampften Zerrbildern» bestünde und «die Bildhaftmachung der geistigen und körperlichen Minderwertigkeit» zum Ziel habe. Mit der deutschen Jugend sei er einig in der Absicht, «alle jene Volksverderber und Volksverräter aus dem deutschen Hause zu jagen, in dem sie nichts zu suchen haben».³⁸

Es blieb nicht nur bei Worten. Im Oktober ließ Schultze-Naumburg im Van de Velde-Bau die Wandfresken des Bauhausmeisters Oskar Schlemmer übermalen. Anfang November wurden auf Geheiß Fricks aus den Ausstellungsräumen des Weimarer Schlossmuseums 70 Werke moderner Künstler entfernt, darunter Gemälde und Zeichnungen von Otto Dix, Lyonel Feininger, Wassily Kadinsky und Paul Klee. Der Volksbildungsminister rechtfertigte die Aktion, die bereits die Kampagne gegen «Entartete Kunst» des Jahres 1937 vorwegnahm, damit, dass die verfehmten Werke «nichts gemeinsam mit nordisch-deutschem Wesen» hätten und sich darauf beschränkten, «das östliche und sonstige minderrassige Untermenschentum darzustellen».³⁹ Widerstand gegen den Weimarer «Bildersturm» regte sich kaum. In der liberalen Hauptstadtpresse aber wurde er gebrandmarkt als das, was er war: «ein Skandal in einem Kulturstaat» – so das «Berliner Tageblatt».⁴⁰

Übertroffen wurde dieser Skandal noch durch den dreistesten Coup Fricks: die Berufung des Rassentheoretikers Hans F. K. Günther als Professor an die Universität Jena. Auch damit erfüllte er die Erwartungen Hitlers, der in seinem Brief vom 2. Februar 1930 als «ersten Schritt» der angestrebten «geistigen Umwälzung» die «Errichtung eines Lehrstuhls für Rassefragen und Rassekunde» in Jena ins Auge gefasst und für die Besetzung eben jenen Günther, den Autor einer «Rassekunde des deutschen Volkes», in Vorschlag gebracht hatte.⁴¹ Als sich der Rektor, der Kirchenhistoriker Karl Heussi, dem Verlangen Fricks widersetzte, begehrte der von den nationalsozialistischen Studenten bereits beherrschte Asta gegen die Leitung der Universität auf. Dafür, dass sie «mehr Verständnis für die Schaffung notwendiger Vorausset-

zungen zu Deutschland Erneuerung» aufgebracht habe als die Professoren, wurde die Jenaer Studentenschaft von Frick ausdrücklich belobigt. Das einzige Zugeständnis an den Lehrkörper der Universität war, dass die ursprüngliche Bezeichnung – «Lehrstuhl für menschliche Züchtungskunde» – in «Lehrstuhl für Sozialanthropologie» umgewandelt wurde. Hitler ließ es sich nicht nehmen, am 15. November 1930 zur Antrittsvorlesung Günthers zu erscheinen, die dem Thema «Die Ursachen des Rassenverfalls des deutschen Volkes seit der Völkerwanderungszeit» gewidmet war.⁴²

Am 1. April 1931 fand Fricks Regierungszeit in Thüringen ein jähes Ende. Die DVP-Fraktion schloss sich einem von den Sozialdemokraten und Kommunisten eingebrachten Misstrauensantrag an. Den Ausschlag für den Koalitionsbruch gaben nicht Fricks Maßnahmen als Minister, sondern beleidigende Äußerungen des Gauleiters Sauckel in einem Leitartikel der Parteizeitung «Der Nationalsozialist». Darin hatte er die Vertreter der DVP als «trottelhafte Greise, Verräter und Betrüger» beschimpft, «die mit ihrer bodenlosen Unverschämtheit mit dem Schicksal unseres Volkes ihr frevelhaftes Spiel treiben».⁴³ Das war selbst für die Partei, die monatelang alle Provokationen Fricks geduldig ertragen hatte, zu viel. Hitler war, wie die Presse berichtete, noch am Vortag nach Weimar gereist, um die DVP umzustimmen, konnte aber nichts mehr ausrichten.⁴⁴

In der Debatte über den Misstrauensantrag am 1. April bezeichnete der Abgeordnete der DDP, Philipp Kallenbach, die Ergebnisse der vierzehnmönatigen Regierungstätigkeit Fricks als «geradezu verheerend»: «Die Befriedung des Landes ist zerstört. Agitations- und Demonstrationstriebe, ja selbst Hass und Einseitigkeit gegen weite Volksschichten waren die Triebkräfte der Verwaltungsmaßnahmen. Alle Gebiete des öffentlichen Lebens sind, soweit es in der kurzen Zeit möglich war, im parteipolitischen Sinn der NSDAP politisiert. (...) Als Mittel zum Zweck diente eine rücksichtslose Personalpolitik, eine Futterkrippenpolitik, die offen und zugestandenermaßen wie noch nie betrieben wurde.»⁴⁵

Erst nach Fricks Rücktritt, im Vorfeld der Reichspräsidentenwahl vom Frühjahr 1932, wurde bekannt, dass der Innen- und Volksbildungsminister insgeheim versucht hatte, Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Die Affäre erregte, als sie Anfang Februar 1932 ruchbar wurde, großes Aufsehen. In Weimar wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss

unter Vorsitz des SPD-Politikers Hermann Brill eingesetzt, der die Angelegenheit aufklären sollte. Auch Hitler und Frick wurden als Zeugen geladen. Danach ergab sich folgendes Bild: Im Sommer 1930, während Regierungschef Baum im Urlaub war, hatte Frick die Vorbereitungen für eine Einbürgerung Hitlers getroffen, indem er ihn zum Gendarmeriekommissar in Hildburghausen ernennen, aber gleichzeitig von allen Verpflichtungen als Beamter freistellen wollte. Zwei Ministerialbeamte wurden unter «strengster Amtsverschwiegenheit» verpflichtet, die entsprechenden Formalitäten in die Wege zu leiten. Auf dem Gautag in Gera am 12. Juni 1930 hatte Frick Hitler die Ernennungsurkunde überreicht, und dieser hatte den Empfang mit seiner Unterschrift bestätigt. Danach aber kamen dem Parteiführer offenbar Bedenken, ob der Titel eines Gendarmeriekommissars ihn in der Öffentlichkeit nicht der Lächerlichkeit aussetzen würde. Jedenfalls zerriss er einige Tage später in München die Urkunde. Im Untersuchungsausschuss sagte er aus, er habe von vornherein die Ernennung nicht annehmen wollen.⁴⁶

Die Groteske um Hitlers Einbürgerungsversuch von 1930 war Tagesgespräch. «Tolle Pressehetze (...). Verrückte Karikaturen», ärgerte sich Goebels.⁴⁷ Es war die Rede von einer «Köpenickiade», einem «Schildbürgerstreich», aus Hildburghausen wurde «Schildburghausen». Dabei entbehrte das Ganze nicht eines ernststen Hintergrunds, worauf die «Vossische Zeitung» in einem Leitartikel aufmerksam machte: Mit seiner «missglückten Schiebung» habe Frick abermals bewiesen, dass die Nationalsozialisten nicht gewillt seien, sich an gesetzliche Vorschriften zu halten. «Es wäre gut, wenn der wahre Charakter der Partei endlich auch außerhalb Bayerns, wo man die Dinge aus der Nähe miterlebt hat, erkannt wird.»⁴⁸ In Thüringen blieb diese Mahnung ungehört. Bei den Landtagswahlen von Ende Juli 1932 sollte die NSDAP mit 42,5 Prozent der Stimmen stärkste Partei werden und mit Fritz Sauckel den Ministerpräsidenten stellen.⁴⁹

Rückblickend hat Hermann Brill die «Ära Frick» in Thüringen als «eines der wichtigsten Vorpostengefechte in der großen Schlacht zwischen Demokratie und Diktatur» bezeichnet.⁵⁰ In der Tat: Während seiner Amtszeit hatte Frick einen Vorgeschmack dessen geliefert, was von einer Machtübernahme der Nationalsozialisten zu erwarten war. Für vierzehn Monate hatte Thüringen als ein Experimentierfeld gedient, auf dem sie die Maßnahmen erproben

konnten, die sie in noch weit größerem Umfang drei Jahre später auf Reichsebene umsetzen sollten.

Hitler dankte Frick in einem persönlich gehaltenen Schreiben vom 2. April 1930 dafür, dass es ihm gelungen sei, «Thüringen in den Mittelpunkt der nationalen, politischen und wirtschaftlichen Sanierung Deutschlands zu rücken»: «Wir alle glauben felsenfest an die Stunde, die Sie wieder – und dieses Mal dann für immer – zum Dienst an unserem Volk in verantwortungsreicher Stelle aufrufen wird.»⁵¹ Tatsächlich sollte Frick im «Kabinett der nationalen Konzentration» vom 30. Januar 1933 mit dem Posten des Innenministers belohnt und damit an eine der wichtigsten Schaltstellen der Macht gesetzt werden.

